



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po ([www.eiiv.eu](http://www.eiiv.eu)) [welfens@eiiv.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiv.uni-wuppertal.de)  
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | May-Rede, BREXIT-Fehlreferendum,

*Treasurygate, EU braucht mit Staatsförderung Finanzmarktunabhängigkeit von London*

## Mays Brexit-Rede steht für britische politische Glaubwürdigkeitskrise

Der Ex-US-Außenminister Dean Acheson in einer berühmten West-Point-Rede 1962

*„Great Britain has lost an empire and has not yet found a role. The attempt to play a separate power role apart from Europe, a role based on a „special relationship“ with the US and on being the head of a „commonwealth“ which has no political structure, unity, or strength – this role is about played out.“ (Großbritannien hat an Imperium verloren und bisher noch keine Rolle gefunden. Der Versuch eine eigenständige Großmachtrolle ohne Europa zu spielen, mit einer Rolle, die auf den „Sonderbeziehungen“ mit den USA basiert und auf der Tatsache, dass man das Haupt des Commonwealth sei, das ohne politische Struktur, Einheit oder Stärke ist – diese Rolle hat sich ziemlich ausgespielt; Übersetzung P.W.).*

Wuppertal, 18. Januar 2017 (*presseMayJanWelfensEIIW2017*)

Die BREXIT-Rede von Theresa May besagt, dass Großbritannien eine volle Kontrolle über die Immigration haben will und die im EU-Binnenmarkt seit 1993 verankerte Arbeitnehmerfreizügigkeit ablehnt; von daher ist ein Ausscheiden von UK aus dem Binnenmarkt bzw. der EU-Zollunion zu erwarten, die gemeinsame Außenzollsätze gegenüber Drittländern, aber freien Handel für Güter in der EU28 erlaubt: daher also bisher günstige Güterpreise und Spezialisierungsgewinne bzw. Kaufkraftvorteile für alle bringt. Auch wenn UK und die EU27 sektorale Freihandelsvereinbarungen etwa für Automobile in den kommenden Verhandlungen vereinbaren sollten, so wird ab 2019 auf eine große Zahl von importierten Gütern ein Zollsatz erhoben werden, der die Preise in den entsprechenden Sektoren ansteigen lässt: Die EU wird Importzölle auf einen Großteil der britischen Importe verhängen, wobei ein Anteil von 45% der UK-Exporte in die EU27 geht. 3-4 Millionen Jobs in UK sind von den Exporten in die EU27 abhängig, mehr als 100 000 Jobs könnten hier verloren gehen. Mit der sonderbaren politischen Betonung von voller Immigrationskontrolle wendet sich May einerseits gegen eine fast 25jährige Arbeitnehmer-Freizügigkeit in der EU, andererseits setzt sie die seit 2013 vom damaligen Premier Cameron verfolgte Anti-Immigrationsrhetorik fort, die eine Überforderung Großbritanniens durch EU-Zuwanderung behauptet. Diese These ist aber kontrafaktisch, da die OECD zeigt, dass die Beschäftigungsquote der EU-Zuwanderer höher als der britische Durchschnitt ist und UK hat beim Staatsbudget positive Netto-Einnahmeeffekte. Die EU-Zuwanderung in UK ergab nie mehr als 0,2% Bevölkerungszuwachs pro Jahr; das ist für UK keine Belastung.

Theresa May war als Innenministerin im Cameron-Kabinett für Zuwanderung verantwortlich und hat die perfide Anti-Immigrationsrhetorik von Premier Cameron unterstützt. In ihrer Rede vom 17.1. sagte May, UK habe Freihandelsdiskussionen mit Australien, Neuseeland, Indien aufgenommen – soweit dies Verhandlungen sind, ist dies schlichtweg illegal, solange UK noch EU-Mitglied ist. Mit der May-Rede schreitet der britische BREXIT voran – trotz Fehlreferendums und „Treasurygate“ (nachweisliche regierungsseitige Info-Manipulation der Referendumsbroschüre für



die Wähler); das schadet unverändert UK und der EU27 bzw. Europa und der ganzen Weltwirtschaft. May will UK als globale Freihandelsnation – sicher stark angelehnt an Trump-USA, die aber sichtbar protektionistisch ist: Ein Widerspruch.

Dass UK allerdings einen allgemeinen Zugang zum EU-Binnenmarkt in den ab Frühjahr beginnenden Verhandlungen der EU mit UK bekommen wird, ist unwahrscheinlich, da neben der May-Regierung auch der Chef der Labour Party, Jeremy Corbyn, gegen freie EU-Zuwanderung ist. Im Working Paper No. 574 der Bank of England wird ein geringer immigrationsbedingter Lohnsenkungsdruck bei den Geringqualifizierten festgestellt, dem kann man UK- und EU-seitig aber durch Qualifizierung und Förderung von Zuwanderer-Unternehmensgründungen (mehr Firmen=höhere Löhne) auch entgegen wirken. Die USA oder Kanada oder Deutschland oder die Schweiz haben als Mega-Einwanderungsländer nicht wegen Zuwanderung hohe Arbeitslosenquoten. Unter anderem wegen der Tatsache, dass Zuwanderer auch Unternehmensgründer sind und daher nicht nur als Nachfrager wirtschaftsstärkend sind, sondern auch selbst direkt Arbeitsplätze schaffen. Jahrelange Anti-Immigrationsrhetorik der Regierung hat indes eine Art politischer Selbsthypnose mit eingebildeten Gefahren für viele in UK mit sich gebracht. Anzumerken ist im Übrigen mit Blick auf die USA, dass dort seitens der Bevölkerung die Globalisierung mit Blick auf wichtige Indikatoren enorm überschätzt wird – es ist ja wohl Aufgabe von Wissenschaft und Politik, die wesentlichen Fakten verständlich zu vermitteln; das aber geschah wohl weder in den USA noch in UK.

Theresa May hat schon als Innenministerin der Regierung Cameron dessen perfide Anti-Immigrationsrhetorik von der britischen Überforderung durch EU-Zuwanderer und damit eine neue Ausländerfeindlichkeit in UK vielfach unterstützt. Die Anti-Immigrationsrhetorik sollte offenbar von den Effekten der regierungsseitig in den Jahren nach der Bankenkrise vorgenommenen großen Kürzungen bei den Kommunalzuweisungen ablenken: Die von Cameron-Regierungen vorgenommenen Mittelkürzungen erreichten binnen von fünf Jahren enorme 3,5% des Bruttoinlandsproduktes und führten zum Problem, dass lokale Unterversorgung mit kommunalen Dienstleistungen entstand. Viele Wähler machten für das Problem in der aufgeheizten Immigrationsdebatte die Zuwanderer fälschlich verantwortlich.

UK wendet sich von der EU ab, deren Überregulierungen über Jahre sicherlich zur Anti-EU-Stimmung im Vereinigten Königreich mit beigetragen haben. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und viele Entscheidungen in EU-Ministerräten sind von daher mit ihrer oft völlig überzogenen Regulierungspolitik Mitverursacher der BREXIT-Mehrheit vom 23. Juni 2016. Die Europäische Kommission ist zudem eine aus Sicht parlamentarischer Systeme schwer akzeptierbare Mischung von Quasi-Regierung und Gesetzgeber: ein häufiger Kritikpunkt gerade aus britischer Sicht. Von einer selbstkritischen Analyse aber ist man in Brüssel Anfang 2017 erkennbar weit entfernt. Das ist keine gute Basis für politische Innovations- und Reformstärke. Von daher ist eine schleichende EU-Schwächung parallel zu britischen Selbstschwächung durch BREXIT zu erwarten.

Eine weitere Pfund-Abwertung im Verlauf 2017 ist zu erwarten, bis Ende 2017 könnte das Pfund 20-25% unter dem Wechselkurs vor dem Referendum liegen: Im Ergebnis werden britische Importe teuer, was bei 3-4% Inflation einen Brexit-

bedingten Realeinkommensverlust von etwa 1-2% für Arbeitnehmer bedeuten dürfte; zudem können ausländische Investoren britische Immobilien und Firmen mit einem realen Rabatt von gut 10% einkaufen, was eine erhebliche Verschlechterung der „terms of capital“ bedeutet: Ausländische Investoren erhalten als Folge des BREXIT britische Aktiva mit Rabatt, zudem haben sich die terms of trade verschlechtert, was heißt: Pro Importguteinheit muss Großbritannien mehr Exporteinheiten verkaufen, was eben den erwähnten Realeinkommensrückgang mit sich bringt. Damit wird auch eine erste Rate des volkswirtschaftlichen Preises für den BREXIT sichtbar. Dass UK sich mit dem BREXIT ökonomisch schwächt und die EU27 – als wichtigsten Handelspartner – obendrein, ist bemerkenswert: Nach rationaler Politik sieht das nicht aus. Im Übrigen kann man Camerons Niederlage, er hatte ja für EU-Mitgliedschaft argumentiert, als Reflex politischer Überforderung des britischen Regierungssystems und des Aufstieges populistischer Strömungen beziehungsweise neuer gegen das Establishment gerichteter Strömungen gesehen: Zum Internet: die politischen Radikalisierungstendenzen dort erschweren Kompromisse in der Demokratie.

2013 hat der damalige Premier David Cameron ein EU-Referendum angekündigt, das am 23. Juni 2016 durchgeführt wurde: mit einem seiner Wahlempfehlung entgegenstehenden historischen Ergebnis – Mehrheit für den EU-Austritt bzw. BREXIT. Am 13. Juli übernahm die neue Premierministerin Theresa May seine Nachfolge und wenige Monate später, auf dem Birmingham-Parteitag der Konservativen Partei, kündigte sie an, dass der Austrittsbrief an die EU spätestens zu Ende März 2017 vorliegen werde. Es gebe eine klare BREXIT-Mehrheit und sie werde den BREXIT zu einem Erfolg machen, so die doppelte Botschaft von May. Die erstere ist trotz 51.9% beim Referendum für EU-Austritt nicht richtig; man kann zeigen, dass unter normalen Informationsumständen die Mehrheit für EU-Verbleib mit 52% ausgefallen wäre. Die zweite Behauptung ist ökonomischer Unfug.

Wahrheitsfindung: Fakt ist, dass Cameron die wichtigen Studien-Befunde seiner eigenen Regierung zu britischen EU-Vorteilen und spiegelbildlich zu den Nachteilen eines BREXIT den Wählerinnen und Wähler in der 16seitigen Referendums-Infobroschüre ganz unerwähnt ließ: Dass 10% Einkommensverlust – in mittlerer Schätzvariante – von einem EU-Austritt langfristig zu erwarten sind. Hätte diese Broschüre, die an die Haushalte in England um den 12. April verschickt worden war, diese Zahl des **Treasury Reports** angesprochen, dann hätte sich auf Basis bekannter empirischer UK-Popularitätzusammenhänge klar eine Pro-EU-Mehrheit ergeben. Denn es ist eben so, dass vermindertes Wirtschaftswachstum den Zuspruch der Wählerschaft eindeutig mindert – die Pro-BREXIT-Wortführer Boris Johnson & Michael Gove sowie die EU-Austrittskampagne-Gruppe „Leave“ wären klar die Wahlverlierer am 23. Juni gewesen. 10% realer Einkommensverlust auf lange Sicht bedeuten, dass der BREXIT kein Erfolg sein kann. Einige Einkommensverluste wird man durch UK-Freihandel mit anderen Regionen der Welt kompensieren können. Aber BREXIT bedeutet auch Destabilisierung der EU27, wobei zudem dort das Einkommen wegen BREXIT um 2% vermindert ausfällt: ca. - 700 € pro Kopf in Deutschland. Dass der neue US-Präsident Trump den BREXIT begrüßt, zeigt im Übrigen nur, wie sehr der Bauunternehmer Trump die ökonomische Weisheit von

Adam Smith, berühmter britischer Ökonom, nicht kennt: Der veröffentlichte 1776, im Unabhängigkeitsjahr der USA, sein Buch vom Wohlstand der Nationen; er zeigte, dass Freihandel Realeinkommensgewinne bringt. Weniger Handel kostet auch Jobs, zumal wenn Vorleistungsprodukte sich verteuern, die Exporte damit sinken.

Das Vereinigte Königreich könnte beim BREXIT zerfallen, da ein Austritt Schottlands aus UK auf Basis einer neuen Volksabstimmung denkbar ist. Die Beziehungen mit den EU27-Ländern werden angespannt bleiben, halb Europa wird destabilisiert. Moldawiens Präsident deutete am 17.1 an, dass der Assoziierungsvertrag mit der EU aufgehoben wird – politische Gärung in Osteuropa, geschürt von Putin.

Bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019 muss ein politisch abgeseignetes EU-UK-Verhandlungsergebnis in Sachen künftiger britischer EU-Binnenmarktzutritt vorliegen. Die komplizierten Fragen des künftigen britischen Zugangs zum EU-Binnenmarkt wird man in zwei Jahren Verhandlungszeit kaum lösen können, zumal die EU auf der Einhaltung der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes bestehen wird; also inklusive Migrationsfreiheit. Dem EU-Binnenmarkt mit den Freiheiten freier Güter- und Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr und freier Personenverkehr hat Großbritannien 1985 zugestimmt und seit dem Binnenmarkt-Start 1993 wurden diese Freiheiten zum Vorteil aller mehr als zwei Jahrzehnte durchgesetzt. Als 2004 die erste EU-Osterweiterung kam, da verzichtete UK auf mögliche Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen EU-Beitrittsländern (wie auch Irland und Schweden), da man sich bei guter Arbeitsmarktlage ökonomische Vorteile erhoffte. Nach der Bankenkrise 2008-2010 kam dann die Kehrtwende und etwa seit 2011 sprach Cameron in wichtigen Reden immer wieder über ein angebliches EU-Zuwanderungsproblem. Wählertäuschung und komplette Desorganisation einer Volksbefragung zur EU-Mitgliedschaft markieren Camerons Ende. Noch beim Schottland-Referendum 2014 rechnete Cameron den Wählern vor, dass jeder Schotte im Fall der Unabhängigkeit 1400 Pfund pro Kopf verlieren werde. Eine noch größere Summe im Fall eines BREXIT für jeden Briten als Verlust ließ Cameron in seiner Broschüre zum Referendum 2016 unerwähnt: Unprofessionell, unehrlich. Die May-Regierung wird sich in den Widersprüchen ihrer Politik bald verfangen.

Die EU27 sollte rasch von UK funktional unabhängig werden, d.h. dass EU-Länder umgehend staatliche Gelder für Entwicklung von Euro-Top-Finanzdienstleistungen in EU27 bereit stellen sollten, sonst wird EU27 auf Finanzdienste aus London angewiesen bleiben und könnte seine Interessen nicht sinnvoll verfolgen. Wenn May einen harten BREXIT will, wird sie einen doppelt-harten BREXIT verursachen.

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

**Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S. Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 [Auch als eBook \(€ 14,99\)](#)**

**Kontakt** Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de